

## Atomexperten geraten unter Beschuss

Stefan Häne

**Beschwerde eingereicht Der Bund sieht sich wegen eines Nuklearberichts mit einer Aufsichtsbeschwerde konfrontiert. Greenpeace kritisiert, die Autoren seien parteiisch.**

Zumindest in diesem Punkt sind sich Atomgegner und -befürworter einig: Der Bericht «Technology Monitoring of Nuclear Energy» ist für die laufende Atomdebatte essenziell. Als Teil des Monitorings, mit dem der Bund die Entwicklung der Kernenergie verfolgt, dient er den Fachleuten von Energieminister Albert Rösti als Grundlage für die Arbeiten im Bereich der Atomenergie - zum Beispiel für die Berichterstattung des Bundesrats, der in den kommenden Monaten einen Gegenvorschlag zur Blackout-Initiative und seine Botschaft ans Parlament präsentieren wird.

Doch der Bericht ist umstritten - und hat nun eine Aufsichtsbeschwerde provoziert. Viola Amherd hat letzte Woche in ihrer Funktion als Bundespräsidentin deshalb Post erhalten. Absenderin ist die Umweltorganisation Greenpeace, die entsprechende Informationen dieser Redaktion bestätigt. Die Atomgegner verlangen, dass der Bericht überarbeitet und danach von einem unabhängigen Gremium auf seine Vollständigkeit und Objektivität hin geprüft wird. «Wir wollen eine Messlatte für die Qualität der Atomdebatte setzen», sagt Florian Kasser, Atomexperte bei Greenpeace. Die Aufsichtsbeschwerde, die dieser Redaktion vorliegt, enthält diverse Kritikpunkte: Wichtige Fakten würden im Bericht unerwähnt bleiben, etwa die Situation der französischen Kernkraftwerke im Jahr 2022, als fast die Hälfte der Reaktoren gleichzeitig ausser Betrieb gewesen sei. Auch würden Fakten nicht oder nur mangelhaft eingeordnet, etwa die

Tatsache, dass die Zahl der Kernkraftwerke weltweit seit Jahren stabil und gleichzeitig der Anteil des Atomstroms an der weltweiten Stromproduktion seit Jahren rückläufig sei.

Beziehungen zur Axpo  
Greenpeace ortet im Bericht auch politische Aussagen, die in einem Technologiemonitoring nichts zu suchen hätten, etwa einen Vorschlag, wie man das Bewilligungsverfahren beim Bau neuer Atomkraftwerke schneller abwickeln könnte. Der wohl schwerwiegendste Vorwurf zielt auf das Autorenteam: Greenpeace unterstellt ihnen Parteilichkeit. In der Beschwerde heisst es: «Besonders problematisch ist, dass zwei der Autoren direkte wirtschaftliche Beziehungen zur Axpo pflegen», also zu jenem Stromkonzern, der das AKW Beznau betreibt und am AKW Leibstadt beteiligt ist.

Gemeint sind Tony Williams, bis Anfang dieses Jahres Leiter Kernbrennstoff bei der Axpo, sowie Georg Schwarz, bis Ende 2021 stellvertretender Direktor des Ensi, der Atomaufsichtsbehörde des Bundes. Im Frühjahr meldete die NZZ, Schwarz sei in beratender Funktion bei der Axpo tätig. Von Schwarz stammt im Bericht der Vorschlag für ein beschleunigtes Bewilligungsverfahren. Auch die anderen Autoren haben laut Greenpeace «kein neutrales Verhältnis» zur Kerntechnik, darunter etwa Annalisa Manera, Professorin für nukleare Sicherheit an der ETH Zürich, sowie Andreas Pautz, Leiter des Zentrums für Nukleartechnologien und

-wissenschaften am Paul-Scherrer-Institut. «Sie lehren und forschen auf diesem Gebiet und sind von Forschungsaufträgen in diesem Bereich abhängig», heisst es in der Beschwerde. Wie Schwarz hätten sich mehrere von ihnen in der Öffentlichkeit «klar positiv zur Kerntechnik» geäussert.

Diese Redaktion hat die genannten Autoren mit den Anwürfen konfrontiert. Sie reagieren darauf mit einer gemeinsamen Stellungnahme. Darin weisen sie den Vorwurf der Parteilichkeit «klar zurück»: Der ETH-Bereich und insbesondere das Paul-Scherrer-Institut würden die wissenschaftlichen Kompetenzen der Schweiz in der Nuklearforschung vereinen, schreiben sie. «Damit verfügen sie als einzige Institution in der Schweiz über das notwendige Know-how, um einen sachlichen, faktenbasierten und wissenschaftlich umfassenden Monitoring-Bericht zur Nutzung der Kernenergie zu erstellen.» Die Autoren wollen damit die Schweizer Öffentlichkeit «ausgewogen und umfänglich informieren».

Internationale Reputation  
Auch die hinzugezogenen Co-Autoren seien ausgewiesene Experten, mit internationaler Reputation in Aufsichts- und Genehmigungsfragen sowie der Beschaffung von Kernbrennstoffen. Bei der Berichterstellung hätten sich alle Autoren «ausschliesslich von den Prinzipien der wissenschaftlichen Integrität leiten lassen». Mit der Beschwerde dürfte sich die Kontroverse um die Zukunft der

Tages-Anzeiger  
8021 Zürich  
044/ 248 41 11  
<https://www.tagesanzeiger.ch/>

Atomkraft weiter verschärfen. Zuletzt aufgeschäumt ist die Debatte, als der Bundesrat Ende August bekannt gab, dass er das 2017 vom Stimmvolk

beschlossene Neubauverbot aufheben will. Ein besonders starkes Instrument ist eine solche Beschwerde freilich nicht: Sie ist bloss ein Mittel, um die

Aufsichtsbehörde - in diesem Fall der Bundesrat - auf vermutete Missstände hinzuweisen.

*«Wir wollen eine Messlatte für die Qualität der Atomdebatte setzen.» Florian Kasser Atomexperte bei Greenpeace*